



Es gilt das gesprochene Wort.

Jöri Schwärzel, Leiter der Geschäftsstelle LEGR

Auch in Graubünden muss die Bildungsqualität hochgehalten werden

In Graubünden läuft zurzeit die Teilrevision des Schulgesetzes. Ende November endet die Vernehmlassungsfrist zu den Vorschlägen der Regierung. Für uns gibt es darum keine unmittelbare Notwendigkeit, eine Volksinitiative zu starten. Verbesserungen können im Schulgesetz jetzt aktiv eingebracht werden. Der LEGR, regionale Lehrpersonenvereine und ebenso die lokalen Schulhausteams nehmen zur Vernehmlassung aktiv Stellung.

Im Vorschlag der Regierung fehlen allerdings wichtige Massnahmen zur Steigerung der Berufsattraktivität für Lehrpersonen. Hingegen will die Bündner Regierung den Lehrpersonenmangel mittels Abbau der Bildungsqualität bekämpfen:

- Heute werden die Schulen gesetzlich gehalten, die Klassen von Zyklus I und II während zwei Lektionen pro Woche durch eine heilpädagogische Lehrperson begleiten zu lassen. Diese Massnahme dient der Prävention, um den Kindern frühzeitig die notwendige Unterstützung bieten zu können. Die Regierung möchte zukünftig auf diese Massnahmen verzichten.
- Heute vergibt das Bildungsdepartement befristete Lehrbewilligungen, wenn der notwendige Abschluss für den Unterricht fehlt. Die Regierung möchte künftig einen Freipass für unbefristete Unterrichtsberechtigungen vergeben.
- Heute werden Kindergartenklassen zeitweise nach Jahrgang unterteilt. Die Regierung will künftig auf diese Teilung verzichten. Den Lehrpersonen entgeht damit die Möglichkeit, jeweils zwei Lektionen mit einer kleinen Gruppe zu arbeiten, um besser auf das einzelne Kind eingehen zu können.

Der LEGR fordert die Streichung dieser Änderungsvorschläge; Der LEGR fordert darüber hinaus weitere Massnahmen zur Sicherung der Bildungsqualität. So sollen in der Lektionentafel Zeitgefässe für die Besprechungen zwischen Lehrperson und Schulischer Heilpädagog:in verankert werden. Ausserdem fordern wir für alle Lehrpersonen (Basis 100 Prozent-Pensum) eine Entlastungslektion zugunsten der Arbeit mit den Schülern und Schülerinnen. Und schliesslich setzt sich der LEGR zusätzlich für weitere Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Lehrberufes ein.

Wir müssen leider davon ausgehen, dass die vielen Stellungnahmen allein noch zu keiner wesentlichen Verbesserung in der regierungsrätlichen Botschaft ans Parlament führen werden. Deshalb unterstützen wir den nationalen Aktionsplan Bildungsqualität. Wir wollen mit einer breit gestreuten öffentlichen Petition die Regierung und den Grossen Rat anspornen, dass die Schulgesetzrevision dazu genutzt wird, den Lehrpersonenmangel aktiv zu beheben. Die Bildungsqualität darf dabei nicht abgebaut werden.